

Prognosemodell auf dem Prüfstand: Die Bundestagswahl 2005

Thomas Gschwend / Helmut Norpoth

Unser Vorhersagemodell für Bundestagswahlen sagte das Stimmenergebnis der amtierenden Regierungskoalition (SPD und Grüne zusammen bei 42,3 %) bei der Wahl am 18. September bis auf 0,3 Prozentpunkte richtig voraus und das bereits lange vor der Wahl. Dieses Modell bezieht drei Faktoren ein: (1) die Popularität des amtierenden Bundeskanzlers, (2) den langfristigen Wählerückhalt der Regierungsparteien, und (3) ihre Abnutzung im Amt. Das Antreten der neuen Linkspartei machte eine Bereinigung der Kanzlerpopularität notwendig (unter der Annahme, dass die Anhänger der Linkspartei überwiegend Kanzler Schröder statt seiner Herausforderin wünschen). Unsere Prognose sagte in jedem Fall den beiden regierenden Parteien genügend Stimmen voraus, um einen Sieg des Oppositionslagers (CDU/CSU und FDP) unrealistisch erscheinen zu lassen, solange die neue Linkspartei soviel Stimmen bekommt, wie die Umfragen signalisierten.

1. Einleitung

Schwarz-Gelb verpasst erneut den Sieg – so sah es unsere Prognose zur Bundestagswahl 2005 bereits drei Monate vor dem Wahltag (Gschwend/Norpoth 2005: 30), was die endgültige Prognoserechnung bestätigte (Spiegel online, 23. August 2005). Das Prognosemodell sagte den Parteien der amtierenden rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder genug Wählerstimmen voraus, um einer Koalition von CDU/CSU und FDP die absolute Mehrheit im Bundestag zu verwehren. Dabei verfehlte die Juni-Prognose das Wahlergebnis für Rot-Grün um kaum mehr als einen Prozentpunkt und die August-Prognose um weniger als einen halben Punkt. Wie bereits 2002 traf unsere Stimmenprognose für Rot-Grün auch diesmal das Endergebnis genauer als die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute. Wie war es möglich, unter den besonderen Bedingungen der Wahl 2005 mit unserem Modell eine recht genaue Prognose zu liefern?

2. Das Prognosemodell

Unser Prognosemodell für Bundestagswahlen, das anderswo ausführlich erläutert ist (Gschwend/Norpoth 2001; Norpoth/Gschwend 2005) berücksichtigt drei zentrale Faktoren des Wahlverhaltens, einen langfristigen (die Parteienstärke der Regierungsparteien bei den letzten drei Wahlen), einen kurzfristigen (die Kanzlerunterstützung) und einen mittelfristigen, den Verschleiß einer Regierung im Amt (gemessen an der Zahl der

Amtsperioden einer Regierung). Niemand bezweifelt die Bedeutung der Parteien für die Wahlentscheidung. Man wählt ja bekanntermaßen Parteien in Deutschland. Aber nicht ausschließlich. Auch auf den Kanzler kommt es an, wie man sagt, wenn auch viele dies nicht so ernst nehmen. In der Kanzlerfrage schlägt sich nicht nur nieder, wie einem die Kanzlerkandidaten persönlich zusagen (sieht gut aus, toller Redner, hat Stil, sympathisch etc.), sondern auch wie man deren politische Qualifikationen beurteilt und wie zufrieden man mit der Amtsführung des amtierenden Bundeskanzlers stellvertretend für die Leistung der Regierung ist. Darüber hinaus trägt die Kanzlerfrage auch Tagesproblemen (Issues) Rechnung. Sie tut es, insoweit Wähler Unterschiede zwischen den Kanzlerkandidaten wahrnehmen und ihre Präferenz entsprechend ausrichten. Ohne eine Verrechnung dieser Art kann kein Issue eine Wahlwirkung erzeugen. Was politische Dauerthemen anbelangt, so ist anzunehmen, dass diese sich in langfristigen Parteibindungen niederschlagen (Norpoth/Gschwend 2003: 111–112).

Aufgabe des Prognosemodells ist es, den Stimmenanteil der Regierungsparteien insgesamt vorherzusagen. Denn die Größe dieses Stimmenanteils entscheidet maßgeblich, welche Parteien nach einer Wahl die Regierung stellen. Mit Hilfe einer Regressionsanalyse haben wir ermittelt, dass die drei Faktoren unseres Modells den Stimmenanteil der Regierungsparteien bei den Bundestagswahlen 1953–2002 wie folgt bestimmen:

$$\text{STIM} = -5,93 + 0,75 \times (\text{PAR}) + 0,38 \times (\text{KAN}) - 1,52 \times (\text{AMT})$$

STIM: Stimmenanteil der Regierungsparteien bei einer Bundestagswahl

PAR: Langfristige Parteiunterstützung (Mittel der Stimmenanteile der Regierungsparteien bei den letzten drei Bundestagswahlen)

KAN: Kanzlerunterstützung (Mittelwert, unter Ausschluss von Unentschlossenen, ein und zwei Monate vor der Wahl)

AMT: Amtsperiode der Regierung

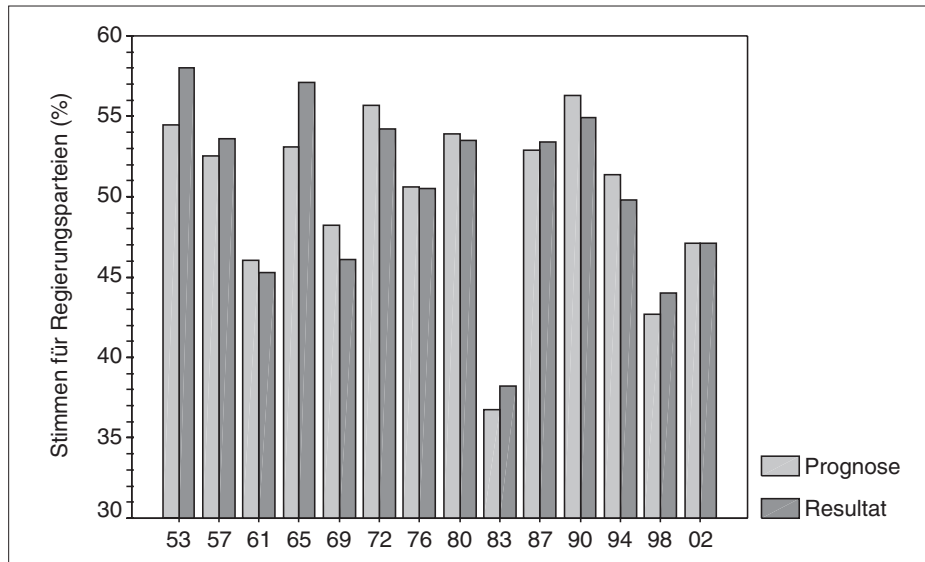
Mit nur drei Faktoren reproduziert diese Formel den Stimmenanteil der Regierungsparteien bei Bundestagswahlen von 1953 bis 2002 sehr treffsicher (adj. $R^2 = 0.939$). Und alle drei Koeffizienten haben eine statistisch signifikante Wirkung jenseits irgendwelchen Zweifels ($p < 0.001$). Theoretisch ist dieses Modell in der Lage, auch Ergebnisse vergangener Bundestagswahlen mit hoher Genauigkeit zu prognostizieren (Norpoth/Gschwend 2005: 379).¹

Unsere „out-of-sample“ Prognosen für Bundestagswahlen, wie man in Abbildung 1 sehen kann, weichen im Schnitt selten um mehr als anderthalb Prozentpunkte von den jeweiligen Ergebnissen ab.² Und selbst bei äußerst knappen Wahlausgängen wie z.B. 1976 tippen sie auf den richtigen Gewinner. Bei der Wahl 2002 haben wir zum ersten Mal das Modell mit einer ex ante Prognose getestet, also mit einer vor dem Ereignis er-

1 Bei diesem Verfahren schätzt man für jede Bundestagswahl die Parameter der Formel neu unter Ausschluss der betreffenden Wahl, und prognostiziert dann mit Hilfe der so gewonnenen Schätzwerte das Ergebnis der jeweiligen Wahl. Man tut also bei jedem dieser Tests so, als ob die betreffende Wahl noch nicht stattgefunden hätte, und man eine Prognose über die Zukunft anstellen möchte (Gschwend/Norpoth 2001: 489–491).

2 Bei der Bundestagswahl 1983 wurde der Stimmenanteil der Hauptregierungspartei bis 1982 (SPD) verwendet, nicht derjenige der seitdem amtierenden Regierungsparteien (CDU/CSU und FDP). Bei der Wahl 1969 ging nur der Anteil des größeren Koalitionspartners (CDU/CSU) in die Analyse ein (Gschwend/Norpoth 2001: 476).

Abbildung 1: Modellprognosen (out-of-sample) und Resultate



stellten Prognose. Mit 47,1 Prozent für Rot-Grün ging sie haargenau in Erfüllung. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass jedes Wahlergebnis vom Modell so genau vorhergesagt werden kann, ist nicht zu bestreiten, dass unser Prognosemodell entscheidende Faktoren des Wahlausgangs erfasst.

3. Die 2005 Prognose

Die Anwendung des Modells bei der jüngsten Bundestagswahl stieß jedoch auf ein erhebliches Hindernis: die Bildung einer neuen Partei auf Kosten der Regierungsparteien. Einen solchen Umstand kann ein Modell auf zwei Weisen berücksichtigen. Entweder man führt eine neue Variable ein, oder man passt die vorhandenen Variablen an. Die Einführung von neuen Variablen ist zu aufwendig bei einer Datenbasis von gerade 14 (Wahlen) und würde früher oder später die statistische Schätzung des Modells unmöglich machen. Praktisch gesehen sind Anpassungen der Modellvariablen der einzige Ausweg. So ist es auch schon bei einigen Wahlen zuvor geschehen. Bei der Bundestagswahl 1969 z.B. haben wir dem besonderen Fall (bislang) einer Großen Koalition damit Rechnung getragen, dass wir nur den Stimmenanteil der Kanzler stellenden Partei berücksichtigt haben. Das sind praktische Ausnahmeregelungen, die die Logik des Modells nicht in Frage stellen.

Die Abspaltung von der SPD im Vorfeld der jüngsten Bundestagswahl 2005 und die dann folgende Bildung, zusammen mit der PDS, einer neuen Linkspartei waren Umstände, das geben wir zu, für die unser Modell keine Variable parat hielt. Allerdings war abzusehen, dass diese Umstände den kurzfristigen Prognosefaktor, nämlich die Kanzlerpopularität, in seiner Wirkung beeinträchtigen würden; der langfristige Wähler-

rückhalt der Regierungsparteien wie auch der Abnutzungseffekt standen bereits im Vorfeld der Wahl fest. Anhänger der neuen Linkspartei haben zwar den Regierungsparteien, insbesondere der SPD, den Rücken gekehrt, aber sie wünschten sich überwiegend Schröder statt Merkel als Kanzler. Daraus folgt, dass die aktuellen Werte der Schröderpopularität den Stimmenanteil der Regierungsparteien bei der Wahl 2005 überschätzen. Diese Überschätzung vor der Wahl genau zu korrigieren, war keine leichte Sache.³ Unsere Korrektur war grob, aber durchsichtig: Schröders Kanzlerpopularität wurde um den Anteil der neuen Linkspartei reduziert. Keine komplizierten Annahmen und Rechnungen, kein Anspruch auf Betriebsgeheimnis und vorgenommen ohne jegliche Kenntnis des Ergebnisses.

Die Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen zur Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler im Zeitraum von einem bis zwei Monaten vor der Wahl ergaben einen Mittelwert (wie immer, unter Ausschluss der Unentschlossenen) von 52,4 Prozent für Bundeskanzler Schröder (Politbarometer Juli I, Juli II, August I, August II, und August III 2005). In denselben Umfragen kam die neue Linkspartei im Schnitt auf 9,4 Prozent. Unsere Korrektur ergab somit einen „bereinigten“ Wert der Kanzlerpopularität von 43 Prozent. Zusammen mit den Werten der beiden anderen Prognosefaktoren lieferte unsere Modellformel somit folgende Prognose, die am 23. August verbreitet wurde (Spiegel online, 23. August 2005):

$$\begin{aligned} \text{2005 Prognose für Rot-Grün} &= -5,93 + 0,75 \times (46,1) + 0,38 \times (43) - 1,52 \times (2) \\ &= 42,0 \end{aligned}$$

Wie jeder Prognose, haftet auch dieser eine Fehlerspanne an. Der Standardfehler unserer Modellprognose für Rot-Grün, so die statistische Schätzung, beträgt $\pm 1,7$ Prozentpunkte. Das tatsächliche Ergebnis für Rot-Grün (42,3 %) lag also äußerst bequem in der zu erwartenden Fehlerspanne. Im historischen Vergleich zählt diese Prognose mit einer Abweichung von nur 0,3 Prozentpunkten sogar zu den besten.

Es ist auch anzumerken, dass unsere vorläufige Prognose die Kanzlerpopularität ohne jegliche Korrektur verwendet hat (denn die Linkspartei gab es noch nicht). Bei dem damaligen Wert von Schröders Kanzlerpopularität (47 %) kam das Prognosemodell Anfang Juni auf 43,4 Prozent für Rot-Grün (Gschwend/Norpoth 2005: 30) und somit auf einen Wert, von dem die bereinigte August-Prognose nicht sonderlich abweicht. Beide Prognosewerte sahen das Endergebnis für Rot-Grün bei der Bundestagswahl 2005 weitaus genauer und früher voraus als die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute zum jeweiligen Zeitpunkt (vgl. Tabelle 1). Unsere August-Prognose, etwa vier Wochen vor der Wahl, kann sich selbst mit den Prognosen der Fernsehanstalten am Wahlabend (18 Uhr) messen.

³ Ziel der korrigierten Operationalisierung ist es, den angenommenen Mechanismus – die Umwandlung der Zustimmung zum Amtsinhaber in Zustimmung zur amtierenden Regierungskoalition – durch ein funktional äquivalentes Instrument (van Deth 1998) zu beschreiben, das der Annahme der kausalen Homogenität am ehesten Rechnung trägt (Collier et al. 2004: 29–30; King et al. 1994: 91). Natürlich gibt es bei jeder Wahl Anhänger kleiner Parteien, die bei der Kanzlerfrage eine eindeutige Präferenz äußerten. Was die Lage bei der Wahl 2005 jedoch auszeichnet, ist die Bildung einer neuen Partei, die eindeutig auf Kosten der Regierungsparteien gehen musste.

Tabelle 1: Modellprognose im Vergleich mit Umfragewerten und Prognosen am Wahlabend: SPD und Bündnis90/Grüne (Angaben: Prozent)

	3. Juni 2005	23. August 2005
<i>Modellprognose</i>	43,4	42,0
<i>Umfragen</i>		
Allensbach	36,4	36,0
Emnid	37,0	38,0
Forsa	36,0	36,0
FGW	38,0	38,0
GMS	39,0	37,0
Dimap	37,0	38,0
<i>18-Uhr-Prognosen</i>	18. September 2005	
ARD	42,5	
ZDF	41,0	
n-tv	42,0	
<i>Endergebnis</i>	42,3	

Quelle: www.wahlrecht.de (abgerufen am 19.9.2005); www.spiegel.de (abgerufen am 18.9.2005); www.n-tv.de (abgerufen am 18.9.2005).

Drei Monate vor der Wahl ergaben die Umfragen im Schnitt 37,2 Prozent für Rot-Grün und selbst vier Wochen vorher höchstens 38 Prozent. Gleichzeitig ließen dieselben Umfragen keinen Zweifel an einer absoluten Mehrheit für eine CDU/CSU-FDP-Koalition. Die Bundestagswahl, so schien es, war gelaufen: Schwarz-Gelb würde Rot-Grün ablösen. Im Gegensatz dazu stellte unser Prognosemodell einen solchen Wahlausgang bereits im Juni infrage. Rot-Grün war stark genug, um bei dem zu erwartenden Abschneiden der neuen Linkspartei (oder PDS allein) einer schwarz-gelben Koalition die absolute Mehrheit zu verwehren.

Man mag einwenden, dass wir dies in erster Linie der Korrektur des Prognosefaktors Kanzlerpopularität und nicht so sehr der Güte des Prognosemodells zu verdanken haben. Ohne einen Schritt dieser Art hätten wir natürlich einen wesentlich höheren Stimmenanteil für Rot-Grün prognostiziert.⁴ Dass jedoch eine Korrektur angebracht ist, daran dürfte kein Zweifel bestehen. Die Frage ist nur, eine Korrektur welcher Art? Die von uns gewählte oder eine andere? Als Alternative ließe sich erwägen, nur den von der PDS separaten Anteil der neuen Linkspartei zu berücksichtigen. Eine solche Trennung war jedoch aus den Umfragen nicht zu ersehen, da es nur Angaben zu „Linke.PDS“ insgesamt gab. Was immer eine solche Aufschlüsselung ergeben mag, die entsprechende Korrektur der Kanzlerpopularität würde sicherlich weniger drastisch ausfallen und die Prognose für Rot-Grün leicht erhöhen. All das hätte jedoch nichts daran geändert, dass nach unserem Modell Schwarz-Gelb kaum Aussichten auf eine Mehrheit hatte.

⁴ Selbst ein solcher Prognosewert (45,4 %) hätte das Ergebnis nur um 3,1 Prozentpunkte verfehlt, was weniger als zwei Standardfehler beträgt, während die Umfragen zu der Zeit im Schnitt für Rot-Grün um 5,1 Prozentpunkte daneben lagen.

4. Fazit

Politische Entscheidungsprozesse sind nicht weniger komplex als ökonomische Prozesse. Wachstums- oder Konjunkturprognosen gelten aber als ernsthafte Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften, auch wenn diese Prognosen sich oft als falsch herausstellen. Anders in der Politikwissenschaft, wo man sich schwer tut, Modellprognosen ernst zu nehmen. Man traut dieser Wissenschaft nicht zu, die dafür notwendigen Modelle zu liefern. Bestenfalls seien politische Prognosen müßige Spielerei, schlimmsten Falls ein Missbrauch von Wissenschaft. Wer jedoch zugibt, dass wissenschaftliche Erklärungen für politische Phänomene möglich sind, kann sich nicht gänzlich der Möglichkeit verschließen, rückblickende Erklärungen in vorausschauende Aussagen umzusetzen.⁵ Vorhersagen können so gesehen zum Prüfstein unserer Theorien werden, wenn durch sie Theorien mit der zukünftigen Wirklichkeit konfrontiert werden. Natürlich schauen wir dabei etwas neidisch auf andere wissenschaftliche Disziplinen, wie z.B. die Wirtschaftswissenschaften. Deren zu erklärende Phänomene erlauben es, bereits prognostizierte Zusammenhänge und deren Effektstärken mit neuen Daten zu replizieren. Solange wir nicht das Rad der Geschichte anhalten bzw. zurückdrehen können, ist diese Art der Replikation für politikwissenschaftliche Fragestellungen sicherlich schwierig, aber nicht unmöglich (siehe z.B. Gschwend/Norpoth 2001: 489–491). Ein solches Vorgehen ist risikoreicher als nur Zusammenhänge darzustellen, die nach einem Ereignis angestellt werden oder Erklärungen zu überprüfen, deren Generierung auf Basis derselben Daten vorgenommen wurden. Eine Erklärung könnte sich ja womöglich als nicht ausreichend komplex oder – umgekehrt – als zu episodisch, d.h. mehr am Kontext als nötig verhaftet, erweisen. Selbst Fehlprognosen können lehrreich sein, sofern sie zu einer Verbesserung von Theorie und Modell führen.

Prognosen können mehr oder weniger relevant sein. Relevante Modellprognosen sollten einerseits treffsicher sein. Das erfordert nicht nur die Kenntnis systematisch erklärender Faktoren, da die statistische Signifikanz solcher Zusammenhänge bekanntlich ja nur eine notwendige Bedingung ist (Broscheid/Gschwend 2005: O-24), sondern gerade auch die Kenntnis der geschätzten Effektstärken. Die Größe der Regressionskoeffizienten geben uns an, wie die erklärenden Faktoren des Modells gewichtet und anschließend zu einer Prognose verrechnet werden. Verschwindend kleine Effekte, selbst wenn sie systematisch auftreten sollten, interessieren da meist weniger. Neben der relativen Treffsicherheit sollten andererseits relevante Modellprognosen möglichst lange vor einem Ereignis gemacht werden können. Nur so können wissenschaftliche Prognosen den Lauf der Dinge kritisch begleiten.

Aber ist der Stand unserer Forschung so karg, dass man es überhaupt nicht wagen kann, diese Erkenntnisse in Formeln umzusetzen, die zur Prognose taugen? Bei allem Risiko, das dabei auftritt? Womöglich kann die Politikwissenschaft bereits mehr als ihr gemeinhin zugetraut wird? Vorhersagemodelle von Entscheidungen des Obersten Gerichtshof in den USA (Martin et al. 2004) und Abstimmungsverhalten in Parlamenten (Poole/Rosenthal 1997) sind weitere politikwissenschaftliche Beispiele außerhalb der

⁵ Auch wenn das manchmal in Vergessenheit geraten sollte, den Anspruch Prognosen zu formulieren, ist schon immer Teil der Aufgaben empirischer Wahlforschung gewesen (z.B. Kaltefleiter/Nissen 1980: 16).

akademischen Wahlforschung. Im Bereich der Wahlforschung wissen wir genug, um Vorhersagen ohne übermäßiges Risiko wagen zu können. „The usual suspects“ sind hinreichend bekannt. Zudem eröffnen wissenschaftliche Wahlprognosen die Möglichkeit, Vergleich und Kontrast zu liefern für die Wahlumfragen, die den Meinungsbildungsprozess in den Medien und das Handeln von Parteien und Kandidaten im Laufe des Wahljahrs beeinflussen mögen. Man sollte sich daran erinnern, dass wie schon 2002 auch die Wahl 2005 ja praktisch im Frühsommer als entschieden erklärt wurde: Schwarz-Gelb gewinnt und löst Rot-Grün ab.⁶ Basis dafür waren die Ergebnisse der Sonntagsfrage und deren Interpretation in den Medien. Diese Prognose übersah den eindeutigen Einfluss eines Faktors, der am Ende Rot-Grün weit mehr und Schwarz-Gelb weit weniger als erwartet brachte: die Popularität von Schröder und die zu schwache Ausstrahlungskraft der Herausforderin. Auch wenn die Umfragen diesen Tatbestand sehr wohl wahrnahmen, es gelang ihnen mit der Sonntagsfrage nicht, den Einfluss der Kanzlerpopularität als Maß für die Leistung einer Regierung – selbst unter dem Eindruck einer allgemein schlecht beurteilten Wirtschaftslage – auf die endgültige Wahlentscheidung hinreichend genau einzufangen. Wie bereits bei der Wahl 2002, gelang dies unserem Prognosemodell deutlich besser – und das schon lange vor dem Wahltag.

Literatur

- Collier, David/Seawright, Jason/Munck, Gerardo L., 2004: The Quest for Standards: King, Keohane and Verba's Designing Social Inquiry, in: Brady, Henry E./Collier, David (Hrsg.), *Rethinking Social Inquiry: Diverse Tools, Shared Standards*. Lanham, 21–50.
- Broscheid, Andreas/Gschwend, Thomas, 2005: Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, O-16–O-26.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut, 2001: ‚Wenn am nächsten Sonntag ...‘: Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen, in: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden, 473–499.
- Gschwend, Thomas/Norpoth, Helmut, 2005: Schröder lebt, in: *Financial Times Deutschland*, 3. Juni 2005, 30.
- Kaltesfleiter, Werner/Nißen, Peter, 1980: *Empirische Wahlforschung*. Paderborn et al.
- King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sidney, 1994. *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton.
- Martin, Andrew D./Quinn, Kevin M./Kim, Pauline T./Ruger, Theodore W., 2004: Competing Approaches to Predicting Supreme Court Decision Making, in: *Perspectives on Politics* 2, 761–767.
- Norpoth, Helmut/Gschwend, Thomas, 2003: Politbarometer und Wahlprognosen: Die Kanzlerfrage, in: Wüst, Andreas (Hrsg.), *Politbarometer*. Opladen, 109–123.
- Norpoth, Helmut/Gschwend, Thomas, 2005: Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen: Prognosemodell besteht Feuertaupe, in: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden, 371–387.
- Poole, Keith T./Rosenthal, Howard, 1997: *Congress: A Political-Economic History of Roll Call Voting*. New York.
- van Deth, Jan W., 1998. Equivalence in Comparative Political Research, in: van Deth, Jan W. (Hrsg.), *Comparative Politics: The Problem of Equivalence*. London, 1–19.

⁶ Wir möchten aber betonen, dass wir an diesem Rad der Geschichte nicht gedreht haben, um zu einer neuerlich relevanten Prognose zu kommen.